



SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG FÜR GEMEINSAME ELTERN SCHAFT  
ASSOCIATION SUISSE POUR LA COPARENTALITÉ  
ASSOCIAZIONE SVIZZERA PER LA B I GENITORIALITÀ



Medienmitteilung | Bern 21/11/2023

## Kindesinteresse bei Trennungen: Alternierende Obhut als Lösung

**Trennen sich Eltern, kann das für Kinder schwerwiegende psychische Folgen haben – gerade, wenn der Kontakt zu einem Elternteil dadurch abbricht. Der Dachverband für gemeinsame Elternschaft «GeCoBi» zeigte an seiner Podiumsdiskussion am 20. November auf, dass es Wege gibt, um das zu verhindern – zum Beispiel die alternierende Obhut.**

Bei der Eltern-Kind-Entfremdung lehnt das Kind einen Elternteil ab, oft aufgrund des Einflusses des anderen Elternteils. Anrufe, Besuche und andere Kontaktversuche mit dem eigenen Kind bleiben nach einer Trennung erfolglos, weil der obhutsberechtigte Elternteil den Kontakt behindert. Dass Kinder darunter leiden, bestätigt Kinderpsychologin Monika-Helena Ammann-Heimgartner: «Kinder merken bewusst oder unterbewusst, dass sie einen Elternteil enttäuschen, wenn sie mit dem anderen Zeit verbringen. Manchmal verweigern sie deshalb den Kontakt – auch wenn sie das gar nicht möchten.»

### Alternierende Obhut wird oft nicht durchgesetzt

Am mit rund 50 Teilnehmern gut besuchten Anlass diskutierten neben Ammann-Heimgartner auch Charlotte Christener, die Präsidentin der KESB Bern (Stadt), Prof. Dr. Hildegund Sünderhauf, Professorin für Familienrecht, Dr. Christophe A. Herzig, Kinderanwalt und Sozialarbeiterin Franziska Haltinner mit GeCoBi-Präsident Oliver Hunziker über mögliche Lösungen für das Problem der Eltern-Kind-Entfremdung nach Trennungen. Im Fokus stand die alternierende Obhut, die in der Schweiz 2017 eingeführt wurde. Diese Betreuungsform sieht vor, dass Kinder wechselnd bei beiden Elternteilen wohnen. Sie kann durch die Gerichte angeordnet werden, falls sich die Eltern bezüglich Betreuung uneinig sind. Bei der Umsetzung sieht die Realität aber häufig anders aus. «Oft fehlen uns effektive Instrumente, um gerichtliche oder behördliche Beschlüsse zum Kontaktrecht auch tatsächlich durchzusetzen. An oberster Stelle muss immer das Wohl des Kindes stehen.», so Charlotte Christener von der KESB Bern (Stadt).

### GeCoBi verlangt Massnahmen

Der Dachverband für gemeinsame Elternschaft GeCoBi fordert, dass bei Trennungen von Eltern, die sich über die Betreuung uneinig sind, frühzeitig eine Mediation durch eine Fachperson angeordnet wird. «So können Konflikte, die irgendwann zur Kontaktverweigerung führen würden, bereits frühzeitig erkannt und beseitigt werden», erklärt GeCoBi-Präsident Oliver Hunziker. Auch wenn Uneinigigkeiten bestehen bleiben, soll das nicht dazu führen, dass Kinder den Kontakt zu einem Elternteil verlieren. Deshalb soll die alternierende Obhut zur ersten Wahl werden und grundsätzlich immer dann angeordnet werden können, wenn keine objektiven Gründe dagegensprechen. «Dafür ist es auch wichtig, dass Behörden, Fachstellen und Schulen ausgebildet werden, damit sie die Interessen der Kinder richtig interpretieren können», führt Hunziker weiter aus.

### Erfolgversprechende Beispiele

Verschiedene Schweizer Gemeinden setzen bereits Pilotprojekte um, welche sich an diesen Forderungen orientieren. Ein erprobter Ansatz ist unter anderem die Cochemer Praxis, welche eine verstärkte Zusammenarbeit verschiedener Behördenstellen verlangt. GeCoBi fordert, diesen Ansatz auch national stärker zu verfolgen.

### Auskünfte:

- Oliver Hunziker, Präsident GeCoBi [info@gecobi.ch](mailto:info@gecobi.ch), T. +41 31 552 05 51, M. +41 76 340 85 90

### GeCoBi – Dachverband für gemeinsame Elternschaft

GeCoBi wurde 2008 mit dem Ziel gegründet, sich für gesunde Beziehungen von Kindern mit beiden Elternteilen einzusetzen – auch, wenn sich die Eltern trennen. Jüngst setzt sich der Verband mit der Kampagne «Genug Tränen» gegen die sogenannte «Eltern-Kind-Entfremdung» und die damit zusammenhängenden ungerechtfertigten Kontaktabbrüche von Kindern zum einen Elternteil ein. In Gesprächen mit involvierten Behörden und Expertinnen und Experten macht der Verband auf die Problematik aufmerksam, informiert die Öffentlichkeit und setzt sich für Entwicklungen auf politischer Ebene ein.